



Bürgerinitiative '91

für transparente und sozialgerechte Gebühren

im **INKA**

Initiativnetzwerk
Kommunalabgaben - LSA

sagt:

STOP

Wir fordern gegenüber dem Landtag Sachsen Anhalt:

- **Eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes, die verhindert, dass Bürgerinnen und Bürger für ihren Anschluss an die zentrale Wasser- und Abwasserentsorgung nach Jahrzehnten noch zur Kasse gebeten werden.**
- **Eine gesetzliche Neureglung über eine Zeitnahe und endliche Beitragsfestsetzung, so wie eine Verjährungsfrist von 4 Jahren.**
- **Bei den aktuell niedrigen Zinsen erscheinen 6% bei Stundung und 12% bei Verzug als nicht angemessen. Wir schlagen eine Orientierung am Leitzins der EZB vor.**

Verursacherprinzip und Rechtsstaatlichkeit statt verfassungswidrige rückwirkende Beitragserhebung

Eine rückwirkende, verfassungswidrige Beitragerhebungspraxis hat in den letzten Monaten den Glauben der Menschen an den Rechtsstaat erheblich beschädigt. Die Beispiellose Rechtsbeugung zur Umgehung von Verjährungsfristen erfolgte zu rein fiskalischen Interessen des Staates.

Sie wurde notwendig, weil sich der Staat als unfähig erwiesen hat, Gesetze zu erlassen, die die Refinanzierung von kommunaler Infrastruktur durch zeitnahe, verursachergerechte und damit rechtsstaatliche Finanzierungsmodelle ermöglichte.

Leittragende waren Grundstückseigentümer aber auch Abwasserverbände, die durch die Kommunalaufsicht ohne Notwendigkeit zu einer rückwirkenden Beitragserhebung verpflichtet wurden

Durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes hat nun endlich ein Umdenken eingesetzt. (aus PM Haus&Grud v. 7.4.16)

**Wir werden halbe Sachen nicht hinnehmen und
fordern die Verantwortlichen zum Handeln auf !**

Weitere Infos: boerdewasser.de